

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Innere Zeitenwende

So macht sich Deutschland an der Heimatfront kriegstüchtig



Massenüberwachung, Einschränkung unserer Freiheit, mehr Kompetenzen für Polizei und Geheimdienste – ist das der Preis für die innere Sicherheit? Das wollen uns zumindest deutsche Politiker:innen weismachen. Warum ihre Maßnahmen uns nicht schützen werden und welches Ziel sie wirklich verfolgen, erklärt Herbert Scholle in einem Kommentar.

Bei einem Stadtfest im nordrhein-westfälischen Solingen tötete ein Attentäter Ende August drei Menschen und verletzte vier weitere schwer. Später bekannte sich die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zum Anschlag. Dieses Attentat nahmen Politiker:innen von fast allen Parlamentsparteien zum Anlass, um die deutsche Innenpolitik gehörig aufzumischen.

Bereits kurz nach dem Vorfall tönte es lautstark aus allen Ecken: Man müsse Abschiebungen leichter machen, die Aufnahme von Geflüchteten stoppen, die Überwachung ausbauen und so

weiter und so fort. Doch inzwischen ist eindeutig, dass es sich dabei nicht nur um leere Polemik handelte, um bei den Wähler:innen zu punkten, sondern um den massiven Ausbau des inneren Sicherheitsapparats zu beschleunigen.

Klares Feindbild

Besonders deutlich wurde dies, als zwei hochrangige Grünenpolitiker:innen – die erste parlamentarische Geschäftsführerin Irene Mihalic und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin von Notz – ein Positionspapier veröffentlichten,

das die Grünen später in großen Teilen als Maßnahmenpaket übernahmen. Nicht nur stellten die darin vorgesehenen Maßnahmen einen weiteren großen Schritt in der rasanten Rechtsentwicklung der Partei dar, es brachte auch erstmals den Begriff der Zeitenwende mit deutscher Innenpolitik in Verbindung.

Die Forderungen sind weitreichend: Ein Sondervermögen für die Innere Sicherheit, neue Befugnisse sowie die Aufhebung von Kommunikationsschranken für Polizei und Nachrichtendienste, die Verschärfung des Waffengesetzes, etc.

Kontinuität der Asylrechtsverschärfungen

Eine Welle der rassistischen Hetze geht durch die BRD. Forderungen nach Asylrechtsverschärfungen, erleichterten Abschiebungen in Kriegsgebiete, Grenzsicherungen und weiteren menschenfeindlichen Regelungen häufen sich, doch das ist längst nichts Neues. > Seite 3

Selbstständige Streiks gegen Entlassungen

Die Meldungen über Entlassungspläne von großen Konzernen häufen sich. Gewerkschaften antworten mit Symbolaktionen und sozialer Abfederung. Vor 20 Jahren hat die Belegschaft von Opel Bochum mit einem selbstständigen Streik gezeigt, wie man dagegen kämpft. > Seite 6

Ein Jahr Genozid in Palästina

Auf den Angriff palästinensischer Kräfte vor einem Jahr reagierte der israelische Staat schnell und brutal. Sein Vorgehen dabei ist Ausdruck einer Politik, die Israel seit seiner Gründung umsetzt und von Vernichtung und Krieg geprägt ist. > Seite 7

Heute wieder: Schafft Rote Hilfe!

Am 1. Oktober 1924 wurde die Rote Hilfe Deutschland gegründet. Vor ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten zählte die der Kommunistischen Partei Deutschland nahestehende Solidaritätsorganisation über eine halbe Million Mitglieder. > Seite 8

Der Versuch, es besser zu machen: 75 Jahren Gründung der DDR

Vor 75 Jahren wurden zwei deutsche Staaten gegründet. Während die BRD dieses Jahr schon ihren Geburtstag feiern konnte, fand die DDR 1990 ihr Ende. Sie war der Anlauf für ein anderes Deutschland. Über ihre von Widersprüchen geprägte Existenz. > Seite 4-5

Zu 75 Jahren Gründung der DDR haben wir ein Ehepaar aus Cottbus gefragt, was ihnen besonders aus ihrem Leben in der DDR in Erinnerung geblieben ist. > Seite 4

Alternative Nationalhymne von Bertold Brecht: Die Kinderhymne > Seite 5



Doch nicht nur das Ausmaß der Forderungen war erschreckend. Auch fällt auf, dass man zur Umsetzung dieser nicht davor zurückschreckt, das Feindbild der bösen Ausländer nicht nur zu nutzen, sondern aktiv zu schüren.

Nicht nur die Grünen, sondern fast alle bürgerlichen politischen und medialen Akteure nutzen dabei Solingen und ähnliche Vorfälle, um gezielt ein dauerhaftes Klima der Angst vor islamistischem Terror zu schaffen. Die Bedrohung durch Faschist:innen kehrt man aber lieber unter den Teppich, denn sonst müsste man ja auf die zahlreichen Verstrickungen von Staat und faschistischen Kräften aufmerksam machen.

Privatsphäre war gestern

Die nun von der Ampelfraktion eingebrachten Gesetzesentwürfe setzen einen klaren Fokus: Die Bundesregierung möchte den Überwachungsapparat massiv ausbauen. Neben zahlreichen Verschärfungen für Asylsuchende soll es der Polizei laut dem Entwurf „zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung“ bald möglich sein, mit Hilfe von Biometrie das Internet nach Personen zu durchsuchen. Dabei soll es ihnen erlaubt sein, nicht nur nach Tatverdächtigen, sondern auch nach Zeugen und vermissten Personen zu suchen. Auch soll es ihnen zukünftig erlaubt werden, künstliche Intelligenz zu Ermittlungszwecken einzusetzen, beispielsweise um ihre Datenbestände zu analysieren.

Es wird den Sicherheitsbehörden also zukünftig erlaubt sein, weitere massive Eingriffe in unsere Privatsphäre zu tätigen. Die Hemmschwellen und Begrenzungen für solche Unternehmungen sind dabei auch fast zu vernachlässigen. Für den Einsatz von KI ist beispielsweise nicht einmal Terrorverdacht nötig, lediglich Straftaten „erheblicher Bedeutung“ oder Straftaten „gegen Leib, Leben oder Freiheit einer Person“ müssen vorliegen. Diese schwammigen Richtlinien laden die Polizei förmlich dazu ein, KI zu nutzen, wann immer es ihnen passt und dabei eben jegliche Privat-

sphäre außer Kraft zu setzen.

Doch auch darüber hinaus sollen Ermittlungsbehörden weitere Kompetenzen erhalten. Der Entwurf des neuen BKA-Gesetzes sieht unter anderem vor, dass es den Behörden erlaubt wird, heimlich in Wohnungen einzubrechen, IT-Geräte zu hacken und Trojaner zu installieren um „potentielle Tatmittel unbrauchbar [zu] machen“.

Alles nur ein großes Sicherheitstheater

Zudem gilt es die Effektivität der Maßnahmen anzuzweifeln. Denn, selbst wenn man die Prämisse in Kauf nähme, dass wir für unsere Sicherheit Teile unserer Freiheit aufgeben müssen, stellt sich doch die Frage, wie diese Maßnahmen uns schützen sollen. Die Antwort: Gar nicht! Die Gesetzesverschärfungen tragen kaum bis gar nicht dazu bei, uns zu schützen oder Attentate wie das in Solingen zu verhindern.

Um das zu belegen, reicht es, ein Paar der Maßnahmen mal genauer zu betrachten. Befasst man sich beispielsweise mit dem Ausbau der Überwachung, stellt man schnell fest, dass Massenüberwachung nur sehr selten dazu beiträgt, Anschläge zu verhindern. Ganz im Gegenteil! Häufig sind die Attentäter den Behörden schon vorher bekannt. Die Attentate in Kopenhagen in 2015, der Anschlag in Nizza 2016, der Angriff auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im gleichen Jahr – Bei all diesen Vorfällen wusste die Polizei schon im Vorhinein von den Tätern und der Gefahr, die sie ausstrahlten – und taten nichts.

Auch die große Debatte um eine Verschärfung des Waffengesetzes ist nichts weiter als eine Farce. Als würden Täter:innen plötzlich vor Gewalttaten zurückschrecken, nur weil die Länge der erlaubten Messerklinge verringert wird oder es gelegentlich Kontrollen gäbe.

Wieso liegt also ein so großer Fokus der „Zeitenwende im Inneren“ darauf, den islamischen Fundamentalismus zu bekämpfen, während die deutschen Faschist:innen im Bundes-

tag ein- und ausgehen? Weshalb wird über eine Verschärfung des Waffensrechts diskutiert, wenn der Attentäter von Solingen doch ein Messer für seinen Angriff nutzte, was ohnehin schon einem Führungsverbot unterlag? Warum soll die Überwachung ausgebaut werden, wenn sie kaum bis gar nicht in der Lage ist Gewalttaten und Anschläge zu verhindern?

Die Antwort auf all diese Fragen ist einfach: Dem Staat geht es nicht darum, seine Bürger:innen zu schützen. Vielmehr erschafft er mit solchen Maßnahmen eine Illusion, die ihnen Sicherheit suggerieren soll, um unter eben diesem Deckmantel der Sicherheit Maßnahmen und Gesetze zu verabschieden, die der Inneren Aufrüstung beitragen.

Aufrüstung im Inneren

Um es kurz zu fassen: Wir sollen große Teile unserer Freiheit aufgeben, uns ständiger massiver Überwachung unterziehen und den Sicherheitsbehörden einen Blankoscheck unterschreiben, sodass sie im Namen der inneren Sicherheit tun und lassen können, was immer sie wollen. Noch dazu werden die Maßnahmen nicht dafür sorgen, dass es weniger Gewalttaten gibt. Wozu dienen sie also wirklich?

Betrachtet man den Begriff „Zeitenwende im Inneren“ etwas genauer, wird schnell klar, worum es wirklich geht. Als Olaf Scholz den Begriff „Zeitenwende“ 2022 im Kontext des Ukraine-Kriegs ins Rampenlicht rückte, war die Botschaft deutlich: Deutschland muss wieder kriegstüchtig werden um sich auf kommende militärische Konflikte mit anderen Großmächten wie Russland messen zu können. Und ganz genau darum geht es auch jetzt bei der „Zeitenwende im Inneren“, nur ist der Feind, auf den man sich hier vorbereitet, eben nicht ein anderer Staat, sondern die Widerstandsbewegung im eigenen Land. Die Regierung bereitet sich also systematisch darauf vor, gegen Widerständige vorzugehen, die der Umsetzung der eigenen außen- und innenpolitischen Interessen im Weg stehen.

Immer mehr Menschen in diesem Land erkennen, dass es nicht in unserem Interesse ist, gegen Russland oder sonst wen in den Krieg zu ziehen. Wir wollen es uns nicht mehr gefallen lassen, dass Milliarden für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen ausgegeben werden, während man das Sozialsystem kaputt spart. Wir wollen es uns nicht gefallen lassen, dass wir bald mal wieder zum Kanonenfutter der BRD werden sollen, um die Interessen der Reichen und Mächtigen zu vertreten. Und immer mehr Menschen sind bereit, auf die Straße zu gehen und sich zu wehren. Genau das ist dem deutschen Staat aber ein gehöriger Dorn im Auge, denn für eine erfolgreiche Kriegsvorbereitung und -führung setzt er darauf, dass es an der Heimatfront still bleibt.

Keine plötzliche Erfindung

Dabei darf man all die Forderungen und Maßnahmen der verschiedenen Parteien nicht etwa als „Reaktion auf Solingen“ missverstehen. Ganz im Gegenteil – die Aufrüstung im Inneren ist ein Prozess der nicht erst gestern begann und ist vor allem auch keine spontane Entwicklung. Vielmehr läuft er – genau wie die äußere Aufrüstung – schon seit Jahren.

Seien es die immer weiter vorangehende Ausweitung der Kompetenzen für Polizei und Geheimdiensten, die immer restriktiveren Versammlungsgesetze der Bundesländer, oder die immer schärferen Repressionen gegen Demonstrant:innen. All das sind Beispiele für Wege und Mittel die der Staat seit langem nutzt um die Widerstandsbewegung einzuschüchtern und klein zu halten. All das sind Beispiele für die innere Aufrüstung, die nicht erst gestern begann.

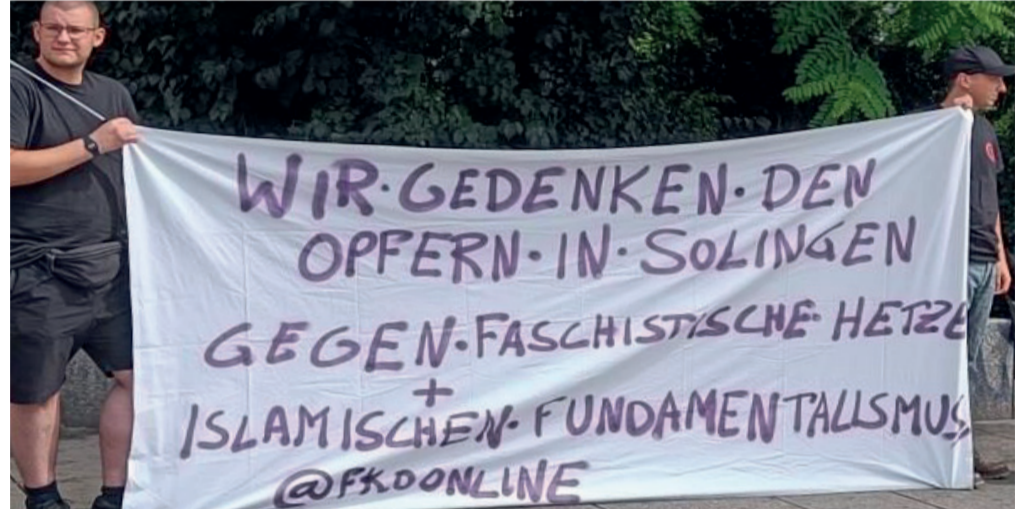
Doch wie sollen wir darauf reagieren? Einfach den Kopf in den Sand stecken und klein begeben? Nein! Die Geschichte zeigt uns, dass Widerstand nicht zwecklos ist, auch und gerade dann, wenn die Repressionen des Staates zunehmen. Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir kämpfen weiter!



Nicht erst seit Solingen – Die Kontinuität der Asylrechtsverschärfungen in der BRD

Nach dem mutmaßlich islamisch-fundamentalistischen Angriff in Solingen Anfang September zieht erneut eine Welle der rassistischen Hetze durch die BRD.

Forderungen nach Asylrechtsverschärfungen, der Erleichterung von Abschiebungen in Kriegsgebiete, Grenzsicherungen und weiteren menschenfeindlichen Regelungen häufen sich in Politik und Medien und werden von der Ampelregierung durchgesetzt. Doch die hetzerische Stimmung ist in der BRD längst nichts Neues mehr. – Ein Kommentar von Daniel Fröhlich.



Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. So steht es in Artikel 16a des Grundgesetzes. Eine kurze und klare Aussage, die liberale Werte und die in den westlichen Demokratien garantierten Freiheiten verkörpern soll. Das einzige Grundrecht, das in Deutschland nur Nicht-Staatsbürgern zusteht. Eine Lektion aus der deutschen Vergangenheit und ein Stück politische Poesie, wenn man so will. Doch es bleibt eben nur genau das: Politische Poesie.

Auch wenn die politische Stimmung in der BRD in den letzten Monaten und Jahren einen deutlichen Rechtsruck vollzogen hat, insbesondere was die Rechte und Freiheiten von Migrant:innen und Asylbewerber:innen betrifft, ist dies keineswegs eine völlig neue Entwicklung. Seit Jahrzehnten höhlt der deutsche Staat das Recht auf Asyl Schritt für Schritt aus und schließt es aus anderen Gründen als politischer Verfolgung grundsätzlich aus.

Bereits in den frühen 90er Jahren, kurz nach der Annexion der ehemaligen DDR, hat die deutsche Regierung unter Helmut Kohl (CDU) begonnen, das Asylrecht stark einzuschränken. Nach einer Welle von rassistischen Pogromen erließ die Regierungskoalition aus CDU und FDP mit voller Unterstützung der SPD den sogenannten „Asylkompromiss“, bei dem unter anderem das Prinzip der „sicheren Drittstaaten“ oder der „sicheren Herkunftsländer“ eingeführt wurde. Der erste Schritt, um zu entscheiden, wer kommen darf, wer bleiben darf und wer nicht, war getan.

Mit der „Migrationswelle“ ab 2015 setzte die Bundesregierung dann ihren Trend zur Einschränkung der

Migration und zur Aushöhlung des Asylrechts fort. Von den „Asylpaketen I+II“ (2015, 2016) bis zum heutigen „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ und der GEAS-Reform auf EU-Ebene zeigt sich ein Jahrzehnt rassistischer und chauvinistischer Hetze und Verschärfung des Asylrechts. Kaum ein anderes Grundrecht ist mit so vielen Schranken behaftet wie Artikel 16a GG.

Nur Wahlkampfhetze oder imperialistische Strategie?

Sicherlich ist rassistische Hetze gutes Material für die Wahlkämpfe der bürgerlichen Parteien. Zumindest in der Frage der Geflüchteten haben sich in den letzten Jahren alle Parteien im Parlament - mit Ausnahme vielleicht der Linkspartei - an einem regelrechten Wettlauf beteiligt, ihre Rechte immer weiter einzuschränken. Und gleichzeitig eben nur jene Menschen ins Land zu lassen die gut ausgebildet sind oder möglichst schnell in die schlechtesten Arbeitsbedingungen einhergehenden Jobs zu drängen.

Doch opportunistische Wahlkampf-slogans sind nicht der einzige Grund für diese regressive Asylpolitik. Der Kapitalismus steckt in der Krise. Wohin wir auch schauen, sehen wir Kriege, Wirtschaftskrisen, Klimakatastrophen, usw. Einerseits zwingt dies die Menschen, vor allem in den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Ländern der Welt, aus diesen Situationen zu fliehen. Als Folge der weltweit sich häufenden Krisen erleben wir heute die größte Fluchtbewegung in der Menschheitsgeschichte. Stand 2023 waren weltweit ca. 117 Millionen Menschen auf der Flucht. Auf der

Suche nach einem besseren oder zumindest erträglichen Lebensstandard führen viele ihrer Wege nach Europa.

Zwar kann das deutsche Kapital einen Teil dieser überschüssigen Arbeitskräfte, insbesondere hochqualifizierte und spezialisierte Arbeiter:innen, ausbeuten. Rassistische Segregation ist ein profitables Modell, da sie den Kapitalist:innen einen Vorwand bietet, einige Teile der Arbeiter:innenklasse systematisch noch stärker auszubeuten als andere. Doch das Kapital muss seine Herrschaft auch weiterhin sichern. Denn die Auswirkungen der genannten Krisen treffen auch die deutsche Arbeiter:innenklasse in immer stärkerem Maße. Dies hat und wird zweifelsohne auch weiterhin zu einem Absinken des Lebensstandards der deutschen Arbeiter:innenklasse führen.

Wenn jedoch deutsche Arbeiter:innen zu sehr damit beschäftigt sind, zu denken, dass anstelle der Kapitalist:innen andere Arbeiter:innen aus anderen Ländern für ihre Probleme verantwortlich sind, dann können sie nicht gemeinsam für ihre Rechte eintreten, keine Erfahrungen austauschen und dadurch keine Gefahr für das Kapital darstellen. Der dadurch entfachte Kulturkampf ist für die Klassenherrschaft weitaus weniger gefährlich als der Klassenkampf. In der Tat ist er eine effiziente und effektive Waffe im Arsenal der herrschenden Klasse und ihres Staates. Daher setzen die bürgerlichen Parteien, als Interessensvertreter des deutschen Kapitals seit Jahrzehnten vermehrt auf rassistische Hetze und Spaltung, und zwar schon lange bevor die AfD eine wirklich relevante Kraft war.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtende!

Die häufigsten Fluchtursachen sind Kriege, Wirtschaftskrisen und Klimakatastrophen. Alle diese Ursachen sind direkte Ergebnisse der kapitalistischen Produktionsweise und der Politik imperialistischer Länder wie Deutschland, den USA oder Russland. Sei es das imperialistische Schachspiel zwischen den USA und Russland, das der syrische Bürgerkrieg war, oder die sich ständig verschlimmernden Klimakatastrophen als Ergebnis jahrzehntelanger unerbittlicher industrieller Produktion auf Kosten der Umwelt: Krisen und somit auch Massenflucht sind in das Gewebe des Kapitalismus eingewebt und werden sich nur weiter verschlimmern.

Das bedeutet aber auch, dass Massenflucht und die rassistische Reaktion darauf nicht „natürlich“ sind, oder „aus dem Nichts“ kommen. Wenn sie eine Ursache haben - den Imperialismus - dann muss es unsere Aufgabe sein, diese Ursache zu bekämpfen, nicht ihre Opfer. Der Versuch, irgendeine Art von Kompromiss innerhalb der Politik des kapitalistischen Staates zu finden, wird scheitern. In unserer jetzigen Situation müssen wir für die Rechte und Sicherheit von Migrant:innen in Deutschland kämpfen. Aber dieser Kampf muss weiter gehen, wenn wir jemals eine wirkliche Lösung finden wollen. Er muss ein Kampf gegen das imperialistische System sein, das die Flucht überhaupt erst verursacht.

Der Versuch, es be 75 Jahre Deutsche De

Vor 75 Jahren wurden zwei deutsche Staaten gegründet. Während die BRD dieses Jahr schon ihren Geburtstag feiern konnte, fand die DDR 1990 ihr Ende. Sie war der Anlauf für ein anderes Deutschland. Über ihre von Widersprüchen geprägte Existenz. - Ein Kommentar von Ivan Barker.

Der Schriftsteller Ronald Schernikau war für viele seiner Zeitgenoss:innen eine skurrile Persönlichkeit. Ein Westdeutscher, der sich 1989 einen großen Traum erfüllt: Die Staatsbürgerschaft der DDR. Zuvor war es ihm durch Kontakte zu DDR-Schriftsteller:innen gelungen, in Leipzig Literatur zu studieren. Als Kommunist war er überzeugt davon, in der DDR besser arbeiten und leben zu können. Gleichzeitig hatte er Kritiken an der DDR, wie an ihrer Bürokratie. Auch wurde er nicht von allen herzlich aufgenommen. Niemand

wollte seine Abschlussarbeit verlegen, sodass sie nur in Westdeutschland erschien. Trotzdem entschied er sich für das Leben in der DDR.

Schernikaus Biografie ist etwas besonderes, und kann trotzdem beispielhaft für ein nicht seltenes, widersprüchliches Verhältnis ihrer ehemaligen Bürger:innen zur DDR stehen. Auch ihre Geschichte selbst ist von Widersprüchen durchzogen. Während diese heute gern zugunsten oberflächlicher antikommunistischer Propaganda zugeschüttet werden, lohnt es sich für uns Arbei-

ter:innen, genauer hinzusehen. Das andere Deutschland ist ein Teil der Geschichte, welches das Bewusstsein insbesondere in Ostdeutschland weiterhin prägt und unsere Gesellschaft beeinflusst.

Gründung unter schwierigen Bedingungen

Ab ihrer Gründung bestand die Deutsche Demokratische Republik für 40 Jahre. Die Gründung folgte am 7. Oktober 1949 auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September. Diese hatte die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vorläufig besiegelt.

Die Sowjetunion hatte sich zuvor für ein unabhängiges, neutrales und demokratisches Deutschland eingesetzt. Die Interessen der Westalliierten widersprachen diesen Zielen, die Deutschland vor allem als ihre Außengrenze zur Sowjetunion sahen, und ihre Besatzungszonen dementsprechend befestigen wollten.

Mit dem Entstehen der DDR als deutschem Teilstaat kam es zu einem Umschwung in der politischen Ausrichtung. In den 1950er Jahren bestand der Anspruch, den Sozialismus aufzubauen. Teile der Produktion und des Handels wurden verstaatlicht und die Kollektivierung der Landwirtschaft eingeleitet. Alte NS-Funktionär:innen und Adlige wurden enteignet. Während in der BRD alte Nazi-Funktionäre mit dem Aufbau der Armee und des Geheimdienstes beauftragt wurden, fand dahingehend in der DDR eine konsequentere Entnazifizierung statt. Vor allem Beamt:innen, Mitarbeiter:innen der Justiz und Lehrer:innen aus dem Faschismus wurden fast vollständig entlassen. Die neue Gesellschaft sollte vor allem von den antifaschistischen Widerstandskämpfer:innen aufgebaut werden.

Dabei stand man aber vor vielen Problemen. Das Land war vom



Bundesarchiv, Bild 183-U1007-0008 / CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-U1007-0008_Berlin_30_Jahrestag_DDR-Gründung_Parade.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Erinnerungen an das Leben in der DDR

Zu 75 Jahren Gründung der DDR haben wir ein Ehepaar aus Cottbus gefragt, was ihnen besonders aus ihrem Leben in der DDR in Erinnerung geblieben ist.

Aufnahme politischer Geflüchteter

Andre Drescher, 49, sagte dazu: „Ich erinnere mich gerne an den Artikel 23 der Verfassung der DDR, Absatz 3 und deren Umsetzung: Die Deutsche Demokratische Republik kann Bürgern anderer Staaten oder Staatenlosen Asyl gewähren, wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Tätigkeit zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen und nationalen Befreiungskampf verfolgt werden.“

In den 1950er Jahren wurden vor allem griechische Kinder und Jugendliche aufgenommen, deren Eltern

Kommunist:innen waren. Bis 1949 herrschte in Griechenland ein Bürgerkrieg, in dem die Kommunist:innen gegen die Monarchie und für nationale Selbstbestimmung, gegen den Einfluss Großbritanniens kämpften. Während des Krieges entführte die griechische Regierung Kinder von Revolutionär:innen und brachte sie auf die Gefängnisinsel Leros. Die kommunistische Demokratische Armee Griechenlands (DSE) evakuierte deshalb rund 1300 Kinder in die DDR. Nach dem Militärputsch in Chile 1973 und dem Beginn des faschistischen Regimes unter Augusto Pinochet erhielten auch tausende Chilen:innen in der DDR Asyl. Auch Verfolgte unter der Diktatur von Francisco Franco in Spanien und Palästinenser:innen fanden in der DDR Zuflucht.

Situation der Frauen in der DDR

Gabriele Salk, 56, erinnert sich an die Situation der Frauen in der DDR:

„Fast alle Mütter haben wie die Väter 42,5 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Hausarbeit haben sie noch dazu erledigt, dafür gab es aber auch einen extra freien Tag pro Monat für Mütter: Den Haushaltstag. Für Väter gab es das nicht, auch wenn sie alleinerziehend waren. Wahrscheinlich sollten diese so schnell wie möglich eine neue Mutter für die Familie finden.“

1986 lag der Frauenanteil aller Beschäftigten in der DDR bei 49,1 Prozent. Es war selbstverständlich, dass Frauen in Vollzeit arbeiteten. Um eine vollständige Beschäftigung beider Elternteile zu ermöglichen, gab es ein flächendeckendes Netz der Kinderbetreuung: Kinderkrippe, Kindergarten und Schulhort. Trotzdem wurde die Arbeit im Haushalt fast ausschließlich von Frauen übernommen. Daran änderte auch die Einführung des Haushaltstages für alleinerziehende Männer 1977 nur sehr wenig. Die rechtlichen und ökonomischen

Maßnahmen allein reichten nicht aus, das Bewusstsein der Menschen zu verändern.

Im Vergleich zur BRD war die DDR ihr trotzdem einiges voraus: Erst 1980 gab es dort das erste Gesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz. Erst ab 1969 galten verheiratete Frauen als voll geschäftsfähig. Zuvor konnte der Ehemann etwa über Fragen der Berufswahl, das Bankkonto oder den Führerschein der Frau alleine oder mitentscheiden.

Andreas Praefcke (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:edlareuth_DDR-Grenzposten.jpg), „Grenzposten“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Besser zu machen – demokratische Republik

Krieg zerstört, es mangelte an Rohstoffen und Maschinen. Zahlreiche Antifaschist:innen und Kommunist:innen wurden im Krieg und in den Konzentrationslagern ermordet. Das Bewusstsein der restlichen Bevölkerung war stark vom Faschismus beeinflusst. Der hatte sie genau in die gegenteilige Richtung erzogen, als es für einen sozialistischen Aufbau nötig gewesen wäre.

Viele standen dennoch ehrlich hinter dem erklärten Ziel, ein neues Deutschland aufzubauen, von dem vor allem kein Krieg mehr ausgehen sollte. Auch wurden viele Grundlagen geschaffen, auf denen die Menschen eine andere Art des gemeinsamen Lebens führen konnten. Kindergärten und Schulen waren kostenlos. Es gab ein Recht auf Urlaub und breite kulturelle Angebote, deren Preise sehr niedrig gehalten wurden. Arbeitslosigkeit gab es fast gar keine, da Arbeit als Recht und Pflicht galt und dafür in den Betrieben auch die Bedingungen geschaffen wurden.

Begrenzte Entwicklung

Trotz ausgebauter sozialer Versorgung der Arbeiter:innen blieb die DDR in ihrer Entwicklung als sozialistische Gesellschaft begrenzt. An vielen Stellen mangelte es dafür an zentralen Punkten. So war die Regierungspartei SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) vor allem zu einem bürokratischen Apparat geworden, anstelle einer

revolutionären Partei. Darüber hinaus gelang es nur wenig, eine wirkliche politische Aktivität und kommunistisches Bewusstsein unter den Arbeiter:innen zu entwickeln. Stattdessen wurde auf Prämiensysteme und Massenbespitzelung gesetzt, um die Gesellschaft zu beeinflussen. Die besonders in Deutschland historisch gewachsene starke Obrigkeitshörigkeit wurde konserviert, anstatt sie konsequent aufzubrechen.

Patriarchale Rollenverteilungen wurden trotz Fortschritten in der ökonomischen Gleichstellung nicht abgeschafft. Besonders in der Politik waren deutlich weniger Frauen vertreten. Auch Migrant:innen erfuhr weiterhin rassistische Unterdrückung, trotz des internationalistischen Anspruches. So mussten zum Beispiel vietnamesische Arbeiter:innen, die durch Verträge mit Vietnam in die DDR kamen, in eigenen Wohnheimen abgeschnitten von der restlichen Bevölkerung leben.

Auf internationaler Ebene bestand zudem eine Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, die sich selbst ab Mitte der 1950er Jahre schrittweise zurückentwickelte. Schlussendlich wurde hier aus einem sozialistischen Staat erneut ein kapitalistischer, der zunehmend als Imperialist auf der Weltbühne auftrat und mit den USA um Einfluss konkurrierte. Die DDR-Regierung blieb ideologisch auf Kurs der neuen Führung in der Sowjetunion und wandte sich dadurch ebenfalls immer weiter von grundlegenden sozialistischen Ideen ab.

Ende mit Schrecken

Die DDR war dennoch hinsichtlich der ökonomischen Errungenschaften für die Arbeiter:innenklasse der

bisher am weitesten fortgeschrittene Staat der deutschen Geschichte. Am Ende war sie jedoch keine Gesellschaft, die sich weiter vorwärts entwickeln konnte – und die auch nicht dem Großmachtstreben der kapitalistischen Räuber aus der BRD standhalten konnte.

In seiner Rede auf dem letzten Schriftstellerkongress der DDR im März 1990 sagte Schernikau: „Meine Damen und Herren, Sie wissen noch nichts von dem Maß an Unterwerfung, die der Westen jedem einzelnen seiner Bewohner abverlangt.“ Und seine Worte sollten sich bewahrheiten: Die Annexion verlangte den ostdeutschen Arbeiter:innen viel ab. Ihre Betriebe wurden verscherbelt und hunderttausende Menschen arbeitslos. Vor allem die Frauen wurden so aus der Lohnarbeit wieder herausgedrängt. Es folgte eine Deindustrialisierung, die jeden Samen für die vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ im Keim erstickte.

Auf rechtlicher Ebene kam es für die ehemaligen Bürger:innen der DDR ebenfalls zu Verschlechterungen. Der Haushaltstag wurde abgeschafft, genauso wie das Recht auf legale Schwangerschaftsabbrüche.

Aber auch für Bürger:innen der BRD hatte die Annexion ihren Preis. In den 1990er Jahren wurden verschiedene soziale Leistungen gekürzt: So wurde die gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von hundert auf achtzig Prozent und das Krankengeld um zehn Prozent gesenkt. Gelockert wurde auch der Kündigungsschutz, der nur noch für Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten gelten sollte. So wurde die Einheit Deutschlands auf dem Rücken aller Arbeiter:innen in

West und Ost durchgeführt – im Interesse der Kapitalist:innen der BRD.

Zeit für einen neuen Versuch

Die DDR wird heute vor allem als Schreckgespenst für antikommunistische Propaganda aufgebaut. Anstatt sich mit ihren Errungenschaften und Fehlern auseinanderzusetzen, wird sie als zweite deutsche Diktatur bezeichnet, die Ostdeutsche heute Demokratie-unfähig macht. Sie sei ein Beweis, dass der Sozialismus gescheitert sei. Warum sollte man es also nochmal versuchen?

Unabhängig davon, wie die Situation in der DDR war – Der Kapitalismus heute scheitert jeden Tag daran, der Arbeiter:innenklasse ein erfülltes Leben zu geben. Er basiert auf unserer Ausbeutung und Unterdrückung und der unserer Klassengeschwister in anderen Ländern. Die alltägliche Angst vor Arbeitslosigkeit, die schlechtere Bezahlung von Frauen, das erneute Erstarren einer faschistischen Bewegung usw. sollen uns als alternativlos verkauft werden.

Dabei zeigt selbst die von Problemen gezeichnete Geschichte der DDR uns: Etwas anderes ist möglich. Es ist jetzt die Zeit für einen neuen Anlauf, ein sozialistisches Deutschland zu erkämpfen. Die DDR steht dafür, was möglich war und was vieles mehr noch möglich wäre, wenn wir tatsächlich gemeinsam als Arbeiter:innen die Macht in unseren Händen halten. Auch für uns werden dafür die Bedingungen nie perfekt sein, und auch uns werden dabei Fehler passieren. Aber eine andere Wahl für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung gibt es nicht.

Eine alternative Nationalhymne

Der Dichter Bertolt Brecht schrieb 1950 das Gedicht „Kinderhymne“. Anlass war ein Auftritt Konrad Adenauers in Berlin, der auf einer Versammlung die dritte Strophe des Deutschlandlieds singen ließ, die später die

Nationalhymne der BRD wurde. Brecht schrieb sie als Alternative in Protest gegen das Deutschlandlied, das bereits im Ersten und Zweiten Weltkrieg als Hymne diente. Die Kinderhymne handelt im Gegensatz dazu von einem Deutschland, dass in Freundschaft und Solidarität mit allen anderen Völkern auf der Welt existiert.

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.

Daß die Völker nicht erleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das Liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihr's.

Selbständige Streiks gegen Entlassungen & Werksschließungen

VW, Ford, ZF – in den vergangenen Monaten häufen sich die Meldungen über Entlassungspläne von großen deutschen Konzernen. Die gewerkschaftlichen Antworten darauf sind meist nur zahnlose Symbolaktionen und soziale Abfederung. Vor 20 Jahren hat die Belegschaft von Opel Bochum vorgemacht, wie man konsequent kämpft – mit einem selbständigen Streik. Ein Rück- und Ausblick von Thomas Stark.

Es ist der 14. Oktober 2004, ein Donnerstag. Aus den Nachrichten erfährt die Belegschaft des Autoherstellers Opel in Bochum, dass der Mutterkonzern General Motors mehrere tausend Stellen in ihrem Werk abbauen will. Während Betriebsrat und IG Metall keine Anzeichen von Aktivität zeigen, schreiten einige Vertrauensleute zur Tat. Noch am Abend treten 3.000 Arbeiter:innen der Spätschicht in den Streik. Die nächsten Schichten nehmen den Ball auf und führen den Ausstand weiter. Das Werk wird über das Wochenende besetzt gehalten und die Tore blockiert. Da Opel Bochum auch Teile für andere GM-Werke in Europa fertigt, steht nach kurzer Zeit auch dort die Produktion still, so etwa in Rüsselsheim und Antwerpen. Die Nachricht vom Bochumer Streik verbreitet sich international, aus zahlreichen Ländern erhalten die Opelner:innen Solidaritätsadressen.

Drohungen und Beschwichtigung

Der Bochumer Opel-Streik vor 20 Jahren ist als einer der großen wilden Streiks in Deutschland in die Geschichte eingegangen. Es kommt nicht so häufig vor, dass sich eine Belegschaft hierzulande selbständig die Macht nimmt und ihren Betrieb jenseits von gewerkschaftlichen Tarifritualen konsequent lahmlegt. Der Konzern drohte den streikenden Arbeiter:innen dafür mit fristlosen Entlassungen. Darüber hinaus handelten die Bochumer Opelner:innen auch gegen den Widerstand von Betriebsrat und IG Metall, die den Streik schnell beenden und die Kolleg:innen auf einen Aktionstag vertrösten wollten. Der „Spiegel“ schrieb am 19. Oktober 2004 von einer „Kluft“ zwischen Betriebsrat und Belegschaft. Während die Arbeiter:innen ihren

vermeintlichen Interessenvertreter:innen vorwarfen, die Belegschaft spalten zu wollen, hetzten diese gegen „Scharfmacher“ im Betrieb – und bestätigten damit letztlich den Spaltungsvorwurf.

Der Streik kam nämlich keineswegs völlig spontan, sondern geschah auf Initiative organisierter Betriebsaktivisten. Bereits während der Betriebsratswahl von 1972 hatte sich im Bochumer Werk eine „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“ (GoG, später: „Gegenwehr ohne Grenzen“) gebildet, die mit einer eigenen Liste gegen die IG Metall antrat. Der Gruppe gehörten linke Sozialdemokraten, Kommunisten und fortschrittliche Arbeiter an. Sie bestand auch 2004 noch und war unter der Belegschaft gut verankert – eine wichtige Bedingung für das schnelle Agieren am 14. Oktober. Ein GoG-Aktivist fasste die besondere Situation bei Opel Bochum später zusammen: „Um zu begreifen, was da anders gelaufen ist (...), muss man erstmal sehen, dass es in Bochum von Anfang an immer eine starke Opposition gab, auch im Betriebsrat.“ Neben der GoG gab es als weitere Initiative oppositioneller Gewerkschafter noch die Gruppe „Offensiv“.

Großkonzerne entlassen wieder

Die Bochumer Erfahrung ist umso wichtiger, weil Großkonzerne in Deutschland auch heute wieder Stellenstreichungen planen. Der Autzulieferer ZF etwa hat angekündigt, bis zu 14.000 Jobs abzubauen – und damit etwa jeden vierten seiner Beschäftigten in Deutschland. ZF begründet den Jobkahltschlag mit dem Umstieg der Autoindustrie auf Elektroautos. Hierdurch entfällt die Notwendigkeit der Produktion von Getrieben sowie

anderer Bauteile von Verbrennern. Deshalb haben auch andere Autzulieferer wie Bosch Stellenabbauprogramme angekündigt oder ziehen sie in Erwägung. Der US-Autobauer Ford will in seinem Kölner Werk – wo 1973 der berühmte Streik der Gastarbeiter:innen stattfand – 2.300 Stellen streichen.

Ein besonders drastischer Bruch kündigt sich bei Volkswagen an. Das Unternehmen will bis 2026 10 Milliarden Euro einsparen, hat die seit 1994 geltende Jobgarantie aufgekündigt und schließt erstmals in der Geschichte sogar Werksschließungen in Deutschland nicht mehr aus. Ab Juli 2025 könnte der Wolfsburger Konzern betriebsbedingte Kündigungen aussprechen.

Vom Protest zum Streik?

Gegen die Stellenabbaupläne gibt es bereits Protest. Am 11. September organisierte die IG Metall einen bundesweiten Aktionstag gegen den Kahltschlag bei ZF, an dem sich etwa 20.000 Beschäftigte an verschiedenen Unternehmensstandorten wie Friedrichshafen, Schweinfurt, Saarbrücken und Düsseldorf beteiligten. Ein Betriebsrat erklärte gegenüber dem SWR, man wolle „den kompletten Werkzeugkasten des Betriebsrats ausnutzen, um Druck aufzubauen“. Das letzte Mittel der IG Metall wäre „der Aufruf zu einem Streik, zum Beispiel für einen Zukunfts- und Sozialtarifvertrag“.

Damit ist das Wort Streik zwar immerhin mal gefallen. Die gleichzeitige Relativierung der Drohung, indem der Streik als „letztes Mittel“ bezeichnet und als Ziel lediglich ein Sozialtarifvertrag genannt wird, deutet jedoch nicht auf einen entschlossenen Kampf um jeden Arbeitsplatz hin. Vielmehr kristallisiert sich hier das

gewerkschaftliche Aktionsschema aus früheren Arbeitskämpfen heraus: Erst wird der Mund sehr voll genommen und dann nicht mehr als Abfindungen für die entlassenen Kolleg:innen herausgeschlagen. Bei Ford Köln will die IG Metall ebenfalls auf einen Sozialtarifvertrag ausrichten. Dem traten betriebliche Aktivist:innen in der Zeitschrift „Scheinwerfer“ bereits mit der Gegenforderung nach einem selbständigen unbefristeten Streik entgegen.

Konsequenter Kampf statt Beschwichtigung

Abfindungen, sogar sehr hohe, gab es vor zwanzig Jahren auch bei Opel. Am Ende wurden also Stellen abgebaut, in Bochum gingen allein 1.300 Beschäftigte „freiwillig“ in Transfergesellschaften. Betriebsrat und IG Metall hatten es zuvor nach sechs Tagen geschafft, den wilden Streik geschickt abzumoderieren. Bei einer Urabstimmung ließen sie die Kolleg:innen über die Frage abstimmen: „Soll der Betriebsrat die Verhandlung mit der Geschäftsführung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden?“. Dabei konnte nur mit Ja oder Nein abgestimmt werden, und „Ja“ gewann.

Die Verhandlung wurde dem Weiterstreiken also gegenübergestellt. Endergebnis war die Individualisierung des Konflikts: Jeder konnte sich selbst überlegen, ob er auf ein Abfindungsangebot einsteigt. Zehn Jahre später schloss Opel das aufsässige Werk in Bochum ganz. Es bleibt die Erfahrung, wie eine Belegschaft das Unternehmen und sein Co-Management durch schnelles, entschlossenes Handeln überrumpeln und in die Enge treiben kann. Aus diesen Erfahrungen heißt es für die kommenden Kämpfe gegen Massenentlassungen zu lernen.



Ein Jahr Genozid in Palästina

Auf den Angriff palästinensischer Kräfte vor einem Jahr reagierte der israelische Staat schnell und brutal. Sein Vorgehen dabei ist Ausdruck einer Politik, die Israel seit seiner Gründung umsetzt. - Ein Kommentar von Andreas Becker.

Mittlerweile erleben wir seit einem Jahr einen anhaltenden Genozid in Palästina. Die israelische Armee hat den nur 360 km² großen Gazastreifen zum größten Teil zerstört. Dabei hat sie schrecklichste Kriegsverbrechen begangen, mindestens 40.000 Menschen ermordet, die Infrastruktur und Grundversorgung mit Medizin, Nahrung und Wasser, sowie alle Universitäten vernichtet.

Das Vorgehen Israels in Gaza ist kaum richtig zu verstehen, ohne den Zionismus als politische Bewegung in seiner radikalsten Variante zu kennen. Der Zionismus entstand Ende des 19. Jahrhunderts als nationalistische Ideologie von europäischen Jüd:innen. Ausgehend von der Position, dass ihre Assimilation in die bürgerlichen Staaten Europas gescheitert sei, forderte der Zionismus einen eigenen Nationalstaat für die Jüd:innen. Als Ziel wurde Palästina ausgewählt. Dieses Land war jedoch bereits besiedelt, nämlich neben einer jüdischen Minderheit vor allem von arabischen Muslim:innen.

Die zionistische Bewegung versuchte ihr Ziel eines jüdischen Staates in Palästina zunächst durch Verhandlungen mit dem Osmanischen Reich und den europäischen imperialistischen Staaten sowie durch das Ansammeln von Kapital zum Ankauf von Land zu erreichen. Später setzte sich ein radikaler, ultranationalistischer Flügel unter den Zionist:innen durch, welche die Gründung eines eigenen Staates durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung durchsetzen wollten. Die damalige englische Kolonialmacht wiederum stachelte den nationalen und religiösen Hass zwischen Jüd:innen und Araber:innen in Palästina gezielt an, um ihre Kontrolle über das Land zu sichern. Die Situation eskalierte schließlich 1948, als das Land gemäß UN-Resolution zwischen Jüd:innen und Araber:in-

nen geteilt werden sollte. Nach der Staatsgründung Israels griffen mehrere arabische Staaten das Land an. Israel gewann den anschließenden Krieg mit Unterstützung der westlichen Imperialisten und nutzte ihn, um die Palästinenser:innen mithilfe der Armee und radikalzionistischen Milizen aus ihren Siedlungsgebieten zu vertreiben.

Vorgeschichte des Krieges

Die heutige israelische Regierung Netanyahu steht in der Tradition der radikalsten nationalistischen Teile des Zionismus. Ihr gehören offen faschistische Kräfte an wie die Partei Otzma Yehudit von Itamar Ben-Gvir, heute Minister für nationale Sicherheit des Landes. Sie sind die Architekten des grausamen Vorgehens der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen seit Kriegsbeginn. Dieser erfolgte nach dem Angriff der Hamas und anderer palästinensischer Organisationen auf Israel am 7. Oktober 2023, bei dem Massaker verübt und zahlreiche Geiseln genommen wurden.

Der Angriff am 7. Oktober ist jedoch nicht vom Himmel gefallen. Das Problem, dass in Israel / Palästina auf einem kleinen Landstreifen zwei Nationen wohnen, ist bis heute nicht gelöst. Während Israel sich – vor allem mithilfe mächtiger imperialistischer Länder wie den USA – zur ökonomischen und militärischen Regionalmacht und zu einem Hightech-Standort entwickelt hat, haben die Palästinenser:innen bis heute keinen Staat. Ihre Gebiete stehen de facto unter der Kontrolle von Israel.

Die Politik, die der israelische Staat seit Jahrzehnten gegenüber den Palästinenser:innen verfolgt, ist vor allem die Westbank als größtes palästinensisches Gebiet, durch gezielten Bau von durch Israelis bewohnten Siedlungen so stark zu zerstückeln, dass

es schier unmöglich wird, dass dort jemals ein von Palästinenser:innen kontrollierter Staat entstehen könnte. Ökonomisch ist die Westbank bereits so in die israelische Wirtschaft integriert, dass sie allein nur schwerst möglich überlebensfähig wäre.

Der Gazastreifen wurde währenddessen bis zum 7. Oktober 2023 in einer Situation des Überlebens gelassen. Israel hatte dort keine Siedlungen mehr und konnte den Streifen weder militärisch noch politisch kontrollieren, wohl aber wirtschaftlich durch gezielte Unterentwicklung und eine nahezu komplette Blockade. Israel wollte die Bedingungen, denen die Bevölkerung in Gaza ausgesetzt war, zum Beispiel Arbeitslosigkeit, desaströse Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs etc. zwar so schlecht lassen, dass sich von dort keine Bedrohung entwickeln kann, aber auch nicht so, dass die Menschen nicht anders können als in solchen Massen Widerstand zu leisten, und zum Problem für die israelische Sicherheit werden. Die Illusion, dass sich dieser Zustand auf Dauer halten lässt, wurde mit den Angriffen vom 7. Oktober gebrochen.

Anhaltende Vernichtung

Der Angriff palästinensischer Kräfte vom 7. Oktober und dessen Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung hat sich also auch aus den auf Dauer nicht aushaltbaren Bedingungen geschöpft, denen die Palästinenser:innen im Gazastreifen tagtäglich ausgesetzt sind. Auf den Angriff und die Massaker antwortete der israelische Staat wiederum mit einem Krieg, der an Brutalität seines Gleichen sucht. Der israelische Staat nutzt diese Chance, um seinen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung wieder einmal hochzufahren. Dieses Mal scheint es keinen sauber ausgearbeiteten Plan zu geben, Israel scheint von

dem Erfolg der Offensive tatsächlich überrascht worden zu sein und versucht nun in der komplexen Situation seine Ziele umzusetzen. Zum einen hat Israel Gaza so stark zerstört, dass es komplett wieder aufgebaut werden muss, gleichzeitig kann Israel in der aktuellen Situation bei einem Wiederaufbau seine Bedingungen diktieren. Wegen dem Druck von anderen Staaten kann Israel nicht alle zwei Millionen Palästinenser:innen in Gaza auf einmal ermorden, wohl aber größtmögliche zivile Opfer verursachen. Regelmäßig wurden im letzten Jahr ganze Familien ausgelöscht. Auch die Pläne, die Bevölkerung nach Ägypten zu vertreiben sind bis jetzt gescheitert. In Gaza leben immer noch mehr als zwei Millionen Menschen, fast die Hälfte davon minderjährig, in den schlimmsten vorstellbaren Bedingungen. Obwohl Israels wichtigster Verbündeter, die USA, kein Interesse daran hat, dass sich der Krieg ausweitet, nutzte Israel die Situation auch um seine regionalen Feinde, allen voran den Iran, zu provozieren und ihnen größtmöglichen Schaden zu zufügen.

Nach einem Jahr ist immer noch kein Ende des Genozides in Sicht. Allerdings ist die Zukunft auch ungewiss. Israels aggressive Außenpolitik steht kurz davor es in einen regionalen Krieg zu ziehen, im dem ein Sieg in keiner Weise sicher wäre und international ist Israel so isoliert wie nie zu vor. Des Weiteren hat der Genozid weltweit zu riesigen pro-palästinensischen Protesten geführt. Und in Palästina selber? Dort hat die ungeheure Brutalität Israels das Feuer des Widerstands sicherlich in neuem Maße entfacht.

Heute wieder: Schafft Rote Hilfe!

Am 1. Oktober 1924 wurde die Rote Hilfe Deutschland gegründet. Vor ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten zählte die der Kommunistischen Partei Deutschland nahestehende Solidaritätsorganisation über eine halbe Million Mitglieder. – Ein Kommentar von Mohannad Lamees.

„Für Recht und Freiheit bin ich gefangen, in tiefen Kerkern sperrt man uns ein, warum soll ich gefangen sein?“ – dieses Arbeiter:innenlied wurde von politischen Gefangenen in den 1920er Jahren gesungen. Vor allem in der Novemberrevolution 1918, während der Erhebungen gegen den Kapp-Putsch 1920 und in den Märzkämpfen in Mitteldeutschland 1921 füllten sich die Gefängnisse des bürgerlichen Staates mit revolutionären Arbeiter:innen.

In Solidarität mit den revolutionären Gefangenen organisierten sich in Deutschland ab 1921 auf Initiative der KPD Komitees in verschiedenen Städten und Regionen. Um die Gefangenen und ihre Familien mit Hilfsleitungen zu unterstützen, sammelten vor allem Arbeiterinnen, die im Volksmund schnell „Bettelfrauen“



Bundesarchiv, Bild 102-05979 / CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_102-05979,_Berlin,_Pfungstreffen_der_Rot-Front-Kämpfer.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

genannt wurden, Spenden. Die Hilfe kam dabei nicht nur dem Umfeld der KPD, sondern auch Arbeiter:innen der USPD und SPD zugute. Außerdem organisierten die Komitees rechtliche Hilfe für die Gefangenen.

Nachdem bereits 1922, angeregt durch einen Beschluss der Kommunistischen Internationale die Internationalen Rote Hilfe (IRH) ins Leben gerufen wurde, gründete sich zwei Jahre später, am 1. Oktober 1924, die Rote Hilfe Deutschland. Bereits zuvor hatte die IRH die Komitees finanziell unterstützt und zum Beispiel 1923 während des Verbots der KPD nach dem Hamburger Aufstand vor einer völligen Zerschlagung bewahrt.

Bereits am 18. März 1923 rief die Internationale Rote Hilfe den Jahrestag der proletarischen revolutionären Erhebung in Frankreich und der Errichtung der Pariser Kommune zum Kampftag in Solidarität mit politischen Gefangenen aus. Auch heute wird dieser Tag von revolutionären Kräften auf der ganzen Welt genutzt, um eingeknasteten Aktivist:innen und politischen Gefangenen zu gedenken.

Mehr als nur Antirepression

In den Folgejahren wuchs die Rote Hilfe Deutschland, deren Bekanntheit unter den Arbeiter:innen unter anderem auch durch die Arbeit der Vorsitzenden Clara Zetkin stieg, zu einer Organisation mit über einer halben Million Mitgliedern heran. Bemerkenswert war vor allem, dass die Rote Hilfe gerade auch für Ar-



beiter:innen, die zwar mit der KPD sympathisierten, ihr aber nicht als Mitglieder angehörten, eine wichtige Anlaufstelle wurde.

Der Schwerpunkt in der politischen Arbeit der Roten Hilfe lag dabei längst nicht mehr nur auf der klassischen Antirepressionsarbeit, in den 1930er Jahren hatte sich die Rote Hilfe vielmehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Solidaritätsorganisation entwickelt und erhielt in ihren Kämpfen gegen den Abtreibungsparagrafen § 218 oder für die Kunstfreiheit auch prominente Unterstützung, zum Beispiel von Albert Einstein, Kurt Tucholsky, Käthe Kollwitz oder Erich Mühsam.

Obwohl die Rote Hilfe 1933 von den Nationalsozialisten erst verboten und bis 1936 durch die Gestapo vollständig zerschlagen worden war, ist sie bis heute ein herausragendes Beispiel dafür, wie kommunistische Prinzipien und Überzeugungen durch eine ansprechende und zugängliche poli-

tische Praxis große Teile der Arbeiter:innenklasse erreichen und begeistern konnte. Mit ihrer Politik blieb die Rote Hilfe nicht bei einer rein karitativen Arbeit für gefangene Arbeiter:innen oder einer rein juristischen Arbeit stehen, sondern verband die Hilfe für politische Gefangene mit dem Kampf für die proletarische Revolution.

Heute hat die 1975 wieder gegründete Rote Hilfe genau diese politische Klarheit eingebüßt und existiert vor allem als reine Unterstützungsorganisation für von Repression betroffenen linken Aktivist:innen. Auch wenn genau diese Hilfe angesichts der immer weiter zunehmenden Unterdrückung revolutionärer und fortschrittlicher Kräfte in Deutschland bitter nötig ist – genau so notwendig ist es heute, wieder eine politisch klar positionierte solidarische Massenbewegung wie in den 1920er und 1930er Jahren aufzubauen.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>